

WENN GEWALT ZUM ALLTAG WIRD – RECHTE RAUMNAHME AN SCHULEN



Jugendliche halten ein Transparent bei einer Demonstration gegen Rechte vor dem Jugendzentrum in Wittstock hoch © Opferperspektive



Jugendliche Queers bei einer Demonstration gegen Rechts In Angermünde © Opferperspektive

Ein Lehrer macht vor der gesamten Klasse abfällige Bemerkungen über Tschetschenen und schlägt einem jungen Tschetschenen, der ihm widerspricht, in den Rücken. Derselbe Lehrer schlägt einen syrischen Schüler während des Unterrichts so massiv, dass dieser mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden muss. Eine muslimische Schülerin wird aufgrund ihres Kopftuchs in ihrer Klasse gemobbt. Der Klassenlehrer verweigert ihr seine Unterstützung – sie hätte ja kein Problem, wenn sie kein Kopftuch tragen würde. Nachbar:innen belästigen und bedrohen eine Schwarze Familie so stark, dass eines der betroffenen Kinder einen Suizidversuch unternimmt. Das Kind will nicht mehr das Haus verlassen, um den Nachbar:innen nicht zu begegnen.

In Klassenzimmern, die eigentlich sichere Orte des Lernens und der persönlichen Entfaltung sein sollten, spielen sich schockierende Szenen ab. Immer häufiger erfahren wir von erschütternden Vorfällen rechter Gewalt und Diskriminierung in Bildungseinrichtungen. Besonders seit den Vorfällen in Burg (Spree-wald) im vergangenen Jahr, als zwei Lehrkräfte in einem Brandbrief auf die rechte Raumnahme durch Schüler:innen aufmerksam machten, beobachten wir eine zunehmende

Enthemmung dieser Vorfälle. Trotz öffentlicher Kritik bleibt der institutionelle Umgang mit rechten Vorfällen oft unzureichend.

Unsere Jahresstatistik 2023 zeigt einen alarmierenden Trend: Von 390 betroffenen Menschen waren zum Tatzeitpunkt knapp ein Drittel Kinder und Jugendliche. 88 der Betroffenen waren zwischen 14 und 18 Jahre alt, 45 waren Kinder zwischen 0 und 13 Jahren. Häufig wurden die Taten von älteren oder erwachsenen Tätern verübt. Gerade im Bereich Schule – einem häufig geschlossenen System, aus dem wenig nach außen dringt – vermuten wir ein hohes Dunkelfeld. Wenn es dem Lehrpersonal und Schulbehörden nicht gelingt, die Schule als einen geschützten Ort zu gestalten, kann dies verheerende Folgen haben. Angst und Misstrauen breiten sich aus und vergiften das soziale Miteinander. Betroffene Kinder und Jugendliche tragen die Folgen häufig ein Leben lang.

Neben Kindern und Jugendlichen waren im vergangenen Jahr laut unserer Statistik auch vermehrt politische Gegner:innen von rechten Gewalttaten betroffen. Das überrascht nicht: Schließlich sehen wir, befeuert u. a. durch die extrem rechte Brandenburger AfD, eine zunehmende Polarisierung in den Parlamenten und

von den Straßen bis in die Klassenzimmer. Dass nach den Correctiv-Enthüllungen im Januar auch in Brandenburg immer mehr Menschen gegen Rechts auf die Straßen gehen, Initiativen und Meldestellen gründen und für Demokratie und Menschenrechte demonstrieren, gibt uns Mut. Mehr denn je brauchen wir solidarische und widerständige Netzwerke – und werden uns aktiv dafür einsetzen, dass wir gemeinsam für ein „Nie wieder“ laut bleiben.

Opferperspektive - Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

INHALT

- 01 EDITORIAL
- 02 INTERVIEW MIT STEFAN TARNOW
- 03 VOR ORT: ELSTERWERDA, POTSDAM, RATHENOW, SCHÖNEICHE, WANDLITZ
- 04 KURZNACHRICHTEN, PODACAST, KONTAKT

„DAS KLIMA AN DEN SCHULEN IST RAUER GEWORDEN“

Stefan Tarnow vom Brandenburger Landeschülerrat im Interview



Stefan Tarnow ist 18 Jahre alt und Schüler an einem Gymnasium in Lübben (Spreewald). Seit 2023 ist er Sprecher des Landeschülerrats und vertritt in dieser Funktion die Interessen der Schülerinnen und Schüler.

Stefan Tarnow © Elena Koch / Bundeschülerkonferenz

Wie schätzt du die aktuelle Situation in Bezug auf Rechtsextremismus an den Schulen ein?

Dramatisch. Wir haben das Gefühl, dass man grundsätzlich versucht, das Thema kleinzureden, und dass eine ernsthafte Auseinandersetzung fehlt. Natürlich wollen wir nicht, dass Schulen pauschal als „Nazischulen“ abgestempelt werden, wie es in der Vergangenheit manchmal passiert ist. Wir wollen aber, dass offen über diese Themen gesprochen wird. Meiner Meinung nach sollte die Öffentlichkeit auch wissen, an welchen Schulen die Probleme besonders groß sind.

Das, was vor einem Jahr in Burg passiert ist, ist an allen Schulen in Brandenburg ein Thema. Das ist in unseren Augen einfach nur da hochgekocht und betrifft Schulen im ganzen Land, unabhängig davon, ob sie in Südbrandenburg, Potsdam oder der Uckermark liegen. Es gibt

wieder Schlägertrupps, wie uns berichtet wird, aber hauptsächlich geht es um Hakenkreuze, die Verbreitung rechts-extremen Gedankenguts und völkischer Narrative.

Haben rechte Einstellungen an Brandenburger Schulen prinzipiell zugenommen?

Ja, definitiv. Ich glaube, dass die AfD dazu beigetragen hat, dass Populismus jetzt salonfähig geworden ist. Das betrifft nicht nur die Schule, sondern die Gesellschaft insgesamt. Die Schule spiegelt oft die Gesellschaft wider. Es gibt jetzt wieder Dinge, die politisch eigentlich inakzeptabel sind und der Wahrheit nicht entsprechen, aber nun werden sie offen ausgesprochen und das wird akzeptiert. Das sehen wir kritisch.

Es wird geschätzt, dass etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in Brandenburg gute Seiten am Nationalsozialismus sieht. Ja, erst mal hart. Und wenn man sagt, so 20, 25 % würden auch die AfD wählen oder zumindest nicht ablehnen, sollte dies mit großer Sorge betrachtet werden.

Wie reagieren Lehrkräfte, wenn sich Schüler:innen rechtspopulistisch äußern oder wenn sie Hakenkreuze sehen?

Das ist sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite gibt es viele Lehrkräfte, die ihren Beruf mit Leidenschaft ausüben und auch mit den Themen sehr sensibel umgehen. Auf der anderen Seite gibt es leider auch Lehrkräfte, die rechtsextremes Gedankengut tolerieren oder sogar selbst verbreiten. Das haben wir schon häufiger gehört. Es scheint, als ob das Land diese Problematik entweder nicht mitbekommt oder nicht mitbekommen möchte.

Die Beschwerdekultur an Schulen ist ein strukturelles Problem. Die strikte Hier-

archie funktioniert in der Praxis oft nicht so gut. Lehrkräfte sollen sich zunächst an die Schulleitung wenden. Macht die Schulleitung nichts, kann man zum Schulrat und dann jeweils in die nächsthöhere Instanz. Es gibt zu viele Ebenen, die auch mal gerne das Problem unter den Tisch fallen lassen können. Dass das passiert, wissen wir.

Hier sollte das Ministerium meiner Meinung nach anders handeln. Der Minister hat damals rund um die Vorfälle in Burg geäußert, dass Lehrkräfte ein Disziplinarverfahren bekommen, wenn sie solche Vorfälle an die Öffentlichkeit bringen. Das finde ich ganz falsch. So kann man doch nicht erwarten, dass Lehrkräfte ihre Stimme gegen Rechtsextremismus erheben.

Wie empfindest du das Klima und das soziale Miteinander derzeit an Schulen?

Das Klima an den Schulen ist rauer geworden. Insbesondere nach der Corona-Pandemie hat sich die Grüppchenbildung verstärkt. Die Linken und die Rechten stehen jetzt auch wirklich abseits voneinander auf dem Schulhof. Rechte Gewalt ist ein Problem, aber es beschränkt sich größtenteils auf Beleidigungen, die sowohl im Unterricht als auch auf dem Schulhof häufig vorkommen. Ich höre diese Berichte regelmäßig, besonders von unserem Landeschülerrat, der eher Mitte bis links eingestellt ist. Da hört man schon öfter, dass sehr, sehr oft der Begriff „blöde Zecke“ oder Ähnliches fällt. Lehrkräfte versuchen zwar zu reagieren, aber manchmal eben auch nicht, insbesondere bei Begriffen wie „Zecke“. In schwerwiegenderen Fällen greifen Lehrkräfte jedoch ein.

Das vollständige Interview gibt es auf der Webseite der Opferperspektive unter:

www.opferperspektive.de/schattenberichte

„EINE OFT VERPASSTE CHANCE, DIE FÜR DIE GANZE GESELLSCHAFT KONSEQUENZEN HAT“

Cristina Martín Asensio über die Beratung im Kontext Schule



Cristina Martín Asensio, Beraterin bei der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg. © Peer Neumann / Opferperspektive

Bemerkst du als langjährige Beraterin bei der ADB eine Veränderung in der Anzahl oder Qualität der Meldungen von Diskriminierung in Schulen?

Seit letztem Jahr beobachten wir einen deutlichen Anstieg der Meldungen von rassistischer Diskriminierung und Mobbing in Schulen. Wir gehen davon aus, dass dies vor allem mit einem größeren Bewusstsein der Betroffenen für das Problem zusammenhängt. Es ging im letzten Jahren viel durch die Medien, was in Burg (Spreewald) passiert ist. Wir wissen nicht, ob es einen direkten Zusammenhang gibt. Aber der Anstieg ist deutlich. Inhaltlich bleibt es ähnlich: rassistisches Mobbing und nicht adäquate Intervention durch Lehrkräfte bis hin zum Wegschauen oder zur Bagatellisierung. Nicht selten tätigen auch Lehrkräfte selbst mehr oder weniger subtile rassistische Aussagen vor Klassen. Da merken wir nicht den großen Unterschied zu den Jahren zuvor. Aber es ist einfach viel mehr und wir haben leider nicht ausreichend

Kapazitäten, um alle Beratungsanfragen gut zu bearbeiten.

Gab es seit Beginn deiner Tätigkeit bei der ADB immer schon das Thema Schule?

Ja, das Thema Schule war von Anfang an präsent. Jedes Jahr hatten wir mehrere Fälle von Diskriminierung im Schulkontext, und diese Fälle sind immer sehr schwerwiegend, da es sich um ein sehr sensibles Thema handelt, besonders für die betroffenen Kinder. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hinterlässt auch bei uns Spuren. Man sieht, wie tief sie von ihren Erlebnissen betroffen sind. Und in unser Schulsystem ist es auch sehr schwer einzudringen.

Was macht diese Fälle aus deiner Perspektive so schwerwiegend?

Die Schulen wehren sich oft vehement gegen die Anerkennung von Diskriminierung und bestreiten den ihnen vorgeworfenen Rassismus häufig vollständig. Rassismuserfahrungen können dazu führen, dass Kinder und Jugendliche das Vertrauen in die Schule und ihre Lehrkräfte verlieren und die Schule nicht mehr als sicheren Ort des Lernens betrachten. Sie ist kein Schutzort mehr, sondern ein Ort, an dem sie sich unsicher fühlen. Dies ist besonders problematisch, da solche Erfahrungen tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben junger Menschen haben, sowohl aktuell als auch in der Zukunft.

Studien belegen, dass Rassismus zukünftige Entscheidungen beeinflussen kann. Kinder vermeiden Situationen, in denen sie erneut mit Bedrohung konfrontiert werden könnten. Ihre Würde wird verletzt und in vielen Fällen wird ihnen nicht geglaubt, was das Leid der betroffenen

Kinder und ihrer Eltern noch verstärkt. Dass es Stellen wie unsere gibt, die ihnen glauben und auf ihrer Seite stehen, macht zwar einen Unterschied, aber die tiefgreifenden Folgen müssen trotzdem aufgearbeitet werden. Häufig endet es mit einem Schulwechsel, der jedoch nicht garantiert, dass sich solche Erfahrungen nicht wiederholen.

Du hattest erwähnt, dass die Schule wie ein geschlossenes System ist. Hast du ein Beispiel?

An Schulen herrscht eine sehr strenge Hierarchie, und wir haben gelernt, dass es sinnvoll ist, immer bei der nächstliegenden Stelle zu beginnen. Wenn man direkt zur Schulleitung geht, sind die Chancen, dass die Schule die Kritik erst einmal abwehrt, noch größer, als wenn man niedrigschwelliger anfängt. Häufig bringt eine formelle Beschwerde wenig Erfolg. Stattdessen funktionieren Gespräche besser, beispielsweise Vermittlungsgespräche mit Schulsozialarbeiter:innen oder Lehrkräften. Unser Ziel ist es, die Seite des Kindes oder der jugendlichen Person zu stärken, uns für sie einzusetzen, unsere Fachmeinung einzubringen und aufzuzeigen, welche Ressourcen die Schule hätte, um dagegen vorzugehen. Unsere bisherige Erfahrung zeigt, dass Sprachbarrieren oft verhindern, dass sich beide Seiten auf Augenhöhe begegnen. Deshalb bringen wir häufig Dolmetscher:innen mit. Dadurch haben die Eltern zum ersten Mal die Möglichkeit, an der Kommunikation richtig teilzunehmen. Das macht viel aus.

Also vermittelt die ADB zwischen den betroffenen Familien und den Schulen?

Ja, genau. Manchmal übernehmen die

Familien diese Gespräche selbst, und wir stehen ihnen unterstützend zur Seite. Wir versuchen, ihre Ressourcen zu aktivieren und die Familien oder die Jugendlichen so zu stärken, dass sie selbst die Schule um solche Gespräche bitten. Oft wollen die Familien das jedoch nicht, und dann übernehmen wir das für sie. Wir finden jedoch, dass es einen stärkenden Effekt hat, wenn die Familie selbst um das Gespräch bittet.

Für uns ist es sehr wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen wissen, dass sie jederzeit den Prozess selbst steuern können und dass wir sie dabei beraten oder begleiten. Selbst wenn es in einem konkreten Fall nicht zu einem Erfolg kommt, hat allein die Erfahrung, dass ihnen zugehört und geglaubt wurde, einen positiven Effekt. Das stärkt das Kind in seiner Selbstwahrnehmung und stellt ein Gefühl von Selbstwirksamkeit wieder her.

Wie kann die ADB die verantwortlichen Stellen mehr zur Verantwortung ziehen?

Ein wichtiger Schritt ist der neue §64 im Brandenburgischen Schulgesetz, der Schulen verpflichtet, Fälle von rassistischem Mobbing dem Schulamt zu melden. Darauf können wir immer wieder hinweisen und sicherstellen, dass diese Meldepflicht tatsächlich eingehalten wird. Aber wie viel das verändert, muss

sich erst in der Praxis herausstellen.

Das Problem ist, dass viele Schulen nach rassistischen Vorfällen sagen, sie würden etwas dagegen tun, beispielsweise Workshops oder Projekttag zum Thema Mobbing oder Rassismus. Danach betrachten sie das Thema oft als erledigt. Wir wissen aber, dass es für echte Veränderung einen langfristigen Prozess braucht. Dies gilt sowohl für die Schüler:innen, die diskriminieren, als auch für betroffene Kinder und Jugendliche. Einzelmaßnahmen sind bei weitem nicht ausreichend und berücksichtigen die Bedürfnisse der Betroffenen kaum.

Im Brandenburgischen Schulgesetz findet sich bereits im §4 IV eine Verpflichtung der Schulen zu Antirassismus, in der deutlich steht, dass kein Kind aufgrund seiner Herkunft oder anderer Kategorien benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Es braucht aber eine Praxis der Erziehung entlang demokratischer Werte im Schulalltag. Wenn Kinder diese Werte nicht zu Hause lernen, haben sie die Chance, sie in der Schule zu erlernen. Eine oft verpasste Chance, die für die ganze Gesellschaft Konsequenzen hat.

Hast du noch ein paar abschließende Worte?

Selbst wenn die Beratung im Einzelfall nicht zu einem Erfolg führt, ist es immer

wichtig, eine Grenze zu setzen und klar zu sagen: „Das lasse ich mir nicht gefallen.“ Jede Beschwerde, jeder Hinweis trägt dazu bei, dass die Problematik nicht ignoriert werden kann. Und irgendwann muss es die Schule ja ernst nehmen, oder? Das hoffen wir.

Für die betroffenen Personen ist es auf jeden Fall eine wertvolle Erfahrung, sich gegen Ungleichbehandlung zu wehren, sich Hilfe zu holen und Rassismus beim Namen zu nennen. Und wertvoll ist vor allem die Erfahrung: Der Rassismus ist real, uns hat jemand geglaubt und wir sind damit nicht alleine.

ADB BALD AUF NEUER WEBSITE ZU FINDEN

Es ist endlich soweit: In Kürze wird die ADB auf einer neugestalteten Website zu finden sein. Wir erweitern aktuell unser Angebot und beraten nun bei Diskriminierung aufgrund von Rassismus, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, Lebensalter oder Religion. Es ist uns dabei besonders wichtig, möglichst viele Barrieren abzubauen und eine breitere Zugänglichkeit zu ermöglichen. Schauen Sie doch mal vorbei unter adb-brandenburg.de/homeseite

UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

SPENDENKONTO

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE34 1002 0500 0003 8131 00
BIC: BFSWDE33BER
Betreff: Antidiskriminierung
Paypal: info@opferperspektive.de

Redaktion: Nevena Mitić

KONTAKT

**ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG/
OPFERPERSPEKTIVE - SOLIDARISCH GEGEN
RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT e.V.**
Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 58107676
Fax: +49 (0)331 8170001
antidiskriminierung@opferperspektive.de
www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de



Wahlplakat der Grünen in Brandenburg beschmiert © Opferperspektive

ELSTERWERDA

Während der Kundgebung „Für Demokratie und Vielfalt“ in Elsterwerda am 18. Februar 2024 kommt es zu einem rechten Vorfall. Eine etwa 20-köpfige Gruppe Rechter versammelt sich am Rande der Kundgebung. Einer von ihnen geht gezielt auf einen Teilnehmer zu, rempelt ihn an und schlägt ihm das Handy aus der Hand. Der Betroffene nimmt dies als direkten Einschüchterungsversuch wahr. Er ist Redner auf der Kundgebung, Aktivist gegen Rechtsextremismus und Direktkandidat für die Landtagswahl. Die Polizei, die den Vorfall beobachtet, verhält sich zunächst passiv und wirkt sichtlich überfordert.

POTSDAM

Ende Februar 2024 kommt ein Passant in der Potsdamer Innenstadt an einem Ladengeschäft vorbei, das gerade neu eingerichtet wird. An einem Fahrzeug der dort arbeitenden Handwerker bemerkt er mehrere Schriftzüge, in denen rechte Verschwörungserzählungen anklingen und die gegen die Regierung und die Aufnahme von Migrant:innen in Deutschland gerichtet sind. Der Passant spricht die Handwerker kritisch darauf an. Dar-

aufhin wird er von mehreren Personen beleidigt und schließlich von einer Person ins Gesicht geschlagen. Niemand kommt ihm zur Hilfe – weder weitere Passant:innen noch andere am Geschäft Beschäftigte. Die durch ihn gerufene Polizei behandelt den Betroffenen als Störenfried und macht ihn selbst für die Auseinandersetzung verantwortlich.

RATHENOW

Anfang Dezember 2023 setzt jemand den Keller einer syrischen Familie in einem Mehrfamilienhaus in Brand. Dabei zerstört das Feuer den Besitz der Familie, der im Keller gelagert ist, und die Feuerwehr muss das Haus während der Löscharbeiten evakuieren. Glücklicherweise wird niemand verletzt. Nach dem Brand findet ein Familienmitglied ein rassistisches Flugblatt im Briefkasten. Die Brandstiftung belastet die Familie stark. Sie sieht einen Zusammenhang mit den rassistischen Anfeindungen, die sie in den letzten Jahren in ihrem Wohnumfeld erlebt hat. Die Familie möchte in eine andere Wohnung umziehen, da sie sich in der jetzigen nicht mehr sicher fühlt. Doch der angespannte Wohnungsmarkt in der Region und weit verbreiteter Alltagsrassismus erschweren die Wohnungssuche.

SCHÖNEICHE BEI BERLIN

An einem Abend Ende April 2024 hängen ein Kommunalpolitiker der Linkspartei und ein anderer Kommunalkandidat Wahlplakate am Marktplatz auf. Eine Gruppe von etwa 25 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich am Rande des Marktplatzes aufhält, wird auf sie aufmerksam und kommt zu ihnen herüber. Als sich die beiden Plakatierenden zum Gehen wenden, reißt ein Heranwachsender ein Plakat herunter und zerstört es vor ihren Augen. Ein anderer ruft „White Power!“ und versucht, den Kommunalpolitiker ins Gesicht zu schlagen, was ihm jedoch misslingt. Anschließend bringt derselbe Angreifer den Politiker mit einem Fußtritt zu Boden. Der Betroffene erleidet Verletzungen an den Knien. Die Angegriffenen fliehen, werden jedoch aus der Gruppe heraus unter Rufen wie „Verpisst euch, ihr Zecken, wir kriegen euch!“ verfolgt und mit Glasflaschen beworfen. Auch der zweite Betroffene erleidet beim Weglaufen Verletzungen. Die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruch.

WANDLITZ

Im März 2024 verüben Unbekannte innerhalb kurzer Zeit mehrfach Sachbeschädigungen an der Wohnung und dem Auto einer syrischen Familie. Zunächst beschädigen sie die Autotür. Zu einem anderen Zeitpunkt zerstören sie eine Fensterscheibe an der Wohnung, was die Familie in große Angst versetzt. Zuletzt beschädigen sie in einer Nacht den Briefkasten der Familie. Um der Familie ihre Unterstützung zu zeigen und auf die Vorfälle aufmerksam zu machen, organisiert die lokale Gruppe „Omas gegen Rechts“ eine Kundgebung vor dem Wohnhaus. Die Bündnisse „Wandlitz zeigt Haltung“ und „Runder Tisch Willkommen in Wandlitz“ unterstützen die Aktion. Insgesamt kommen 40 Menschen mit Bannern und Handzetteln entlang der Dorfstraße zu einer Menschenkette zusammen, der sich spontan weitere Passant:innen anschließen.

AUS DER ARBEIT DES VEREINS

ONLINE-BERATUNG AN BRANDENBURGER UNIS

Schon im Winter 2023 wandten sich viele internationale Studierende aus Cottbus an die Opferperspektive, weil sie sich nach Brandstiftungen am Wohnheim, körperlichen Angriffen sowie Alltagsrassismus und Diskriminierung nicht sicher fühlten. Daher bietet die Opferperspektive zusammen mit der BTU Cottbus eine Online-Sprechstunde für Studierende und Lehrende an. Sie wurde nun auf alle Brandenburger Hochschulen ausgeweitet.

KAMPAGNE „GERADE JETZT. FÜR ALLE.“

Im Bundeshaushalt drohen drastische Einsparungen, die auch für unsere Arbeit existentielle Folgen hätten. Es geht um so viel mehr als Geld – es geht um Menschen, die täglich angefeindet, angegriffen und diskriminiert werden und die dringend Unterstützung benötigen. Bitte unterschreibt die Petition „Demokratieförderung in Gefahr: Kürzungen jetzt stoppen!“ unter www.gerade-jetzt-fuer-alle.de und unterstützt unsere Forderung!

NEUE AUSSTELLUNG „ZUSAMMENTUN“

Die Heinrich-Böll-Stiftung lädt dazu ein, Solidarität als Schlüssel zur Bekämpfung von Rechts zu erkunden. „Zusammentun“ widmet sich politischen Zusammenschlüssen, stellt die Arbeit von Initiativen wie der Opferperspektive vor und kritisiert die Kriminalisierung von Engagement durch Extremismustheorien und den Verfassungsschutz. Die Ausstellung wird kostenlos ausgeliehen: www.weiterdenken.de/de/zusammentun-ausstellung

PODCAST: „WIR PACKEN'S AN: GEGEN RECHTS“ MIT HEIKE KLEFFNER (VBRG) UND JULIAN MUCKEL (OPFERPERSPEKTIVE)

In der 11. Folge des Podcasts „Wir packen's an und wir reden drüber“ geht es, kurzum, gegen Rechts. Nach den Correctiv-Enthüllungen gingen Hunderttausende Menschen auf die Straßen und protestierten gegen die menschenverachtenden Deportationspläne von AfD und Co. Das Engagement für eine vielfältige und offene Gesellschaft hat seitdem neuen Auftrieb bekommen. Der Bedarf, sich darüber auszutauschen, was die aktuellen politischen Entwicklungen für unseren Alltag bedeuten, was jetzt zu tun ist und wie Engagement vor Ort aussehen kann, ist groß.

Über all diese Themen spricht Miriam Tödter von „Wir packen's an“ mit Heike Kleffner, Geschäftsführerin des Bundesverbandes VBRG, und Julian Muckel, Berater von Gewaltbetroffenen bei der Opferperspektive. Sie machen schnell

deutlich, dass an den „Geheimplänen“ aus Potsdam Ende letzten Jahres wenig überraschend war. People of Color, Geflüchtete, Migrant:innen, ihre Unterstützer:innen und Menschen, die in die Feindbilder von Rechten fallen, erleben diese Bedrohung tagtäglich.

Im Podcast geht es auch um ganz konkrete Tipps, was Betroffene und Zeug:innen im Falle eines Angriffs tun können. Dabei wird die Rolle von Zeug:innenschaft besonders hervorgehoben – als Tool, um aus der Vereinzelung im politischen Engagement herauszutreten und um der Isolation von Betroffenen solidarisch entgegenzuwirken.

Die Correctiv-Recherche hat endlich auch jene erreicht, die die Bedrohung von Rechts zuvor wenig beachteten. Warum die Bewegung gerade jetzt an Schwung gewonnen hat und wie wich-

tig die neu entstandenen Bündnisse im Kampf gegen Rechts sind – auch darum geht es in dieser Folge.

„Wir packen's an“ ist übrigens ein echtes lokales Brandenburger Projekt: gegründet vor vier Jahren in Bad Freienwalde, Märkisch-Oderland, mit dem Ziel, geflüchtete Menschen zu unterstützen.

Veröffentlicht am: 15. Februar 2024



© Björn Obman

SPENDENKONTO

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT

KONTO: 381310 BLZ: 370205000003 IBAN: DE38 370 20500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33XXX
PAYPAL: info@opferperspektive.de

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V. – SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT E.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 8170000 Fax: +49 (0)331 8170001
info@opferperspektive.de www.opferperspektive.de

Redaktion: Nevena Mitić



Solidarisch gegen Rassismus,
Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.



Gefördert aus Mitteln des